

**FRAUEN & GENDER
POLITIK POLITIK**

in der nationalen und internationalen
Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung

Arbeitsberichte 2002

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung
Koordination
Frauen-Politik & Gender-Politik
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

Redaktion: Dr. Ursula Mehrländer

Textbearbeitung: Uta Kletzing

Fotos: AFP, AdsD, dpa, FES, Liebe, Schicke

Gestaltung: Pellens Kommunikationsdesign GmbH

Druck: Toennes Satz + Druck GmbH, Erkrath

Printed in Germany 2003

ISBN 3-89892-105-0

Vorwort

Als Koordinatorin für Frauen-Politik und Gender-Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung stelle ich Ihnen die Arbeitsberichte 2002 vor. Obwohl es sich hier nur um eine Auswahl handeln kann, zeigen sie die vielfältigen Aktivitäten unserer Stiftung in der nationalen und internationalen Arbeit zu diesem Themenbereich. Tagungen und Seminare, Publikationen und Projekte werden entsprechend den unterschiedlichen Arbeitsbereichen initiiert.

Frauenpolitische Maßnahmen bilden seit den 80er Jahren einen der Arbeitsschwerpunkte unserer Stiftung. Seit Mitte der 90er Jahre folgen wir dem europäischen Leitprinzip des Gender Mainstreaming, das mit dem Vertrag von Amsterdam verbindliche Rechtskraft für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union erhalten hat. Dieses frauen- und gleichstellungspolitische Instrument soll die Chancengleichheit verwirklichen. Das Neue daran ist, dass in allen Bereichen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die Interessenslagen von Frauen und Männern berücksichtigt und einander gegenübergestellt werden sollen. Das Ziel ist eine neue Qualität gesellschaftlicher und gleichstellungspolitischer Innovationen.



Wichtig ist zu betonen, dass damit die traditionelle Frauen- und Gleichstellungspolitik nicht überflüssig wird: Beide Ansätze müssen parallel verfolgt werden!

An dieser Stelle sei allen Kolleginnen und Kollegen gedankt, die über ihre Arbeit vor Ort berichtet und damit das „Grundgerüst“ für den vorliegenden Bericht bereitgestellt haben. Uta Kletzing gebührt Dank für ihre Textbearbeitung und die sehr gute Zusammenarbeit mit mir. In diesem Jahr haben wir darüber hinaus versucht, die geschilderten Maßnahmen und Projekte unserer Stiftung durch Berichte über die Beteiligung von Frauen in Politik und Gesellschaft in den verschiedenen Regionen der Welt zu ergänzen. Für die Zusammenarbeit zu diesem „Schlaglicht“ danke ich Dr. Gabriele Bruns, Dr. Gesine Fuchs, Dr. Beate Hoecker, Katja Meyer und Astrid Ritter-Weil. Damit wird,

so denke ich, der Stellenwert unserer Arbeit noch deutlicher.

Wenn auch in den letzten 20 Jahren eine Reihe von Zielen der Frauen- und Genderpolitik – im nationalen und im internationalen Rahmen – erreicht worden sind, so bleibt doch noch viel zu tun! Anke Fuchs, Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung,

hat auf der Zentralen Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Internationalen Frauentag im März 2003 in Berlin vor 450 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu Recht darauf hingewiesen, dass hier weiterhin Handlungsbedarf für die Politik besteht. Aber sie betonte zugleich, dass Gesetze allein nicht ausreichend sind: Ein Bewusstseinswandel der Gesellschaft zu noch stärkerer Akzeptanz und Umsetzung des Leitbildes „Gender Mainstreaming“ müsse stattfinden. Anke Fuchs rief die jungen Frauen auch auf, über noch bestehende Defizite nicht „zu meckern“, sondern sich stärker bei ihren eigenen Anliegen „einzumischen“. Die Friedrich-Ebert-Stiftung wird die Frauen mit ihren Angeboten dabei weiterhin tatkräftig unterstützen!

Dr. Ursula Mehrländer

Koordination Frauen-Politik & Gender-Politik



Inhalt

Schlaglicht:

Beteiligung von Frauen in Politik und Gesellschaft	6
---	---

Politische Bildung	16
---------------------------	----

Dialog Ostdeutschland	17
------------------------------	----

Forum Politik und Gesellschaft	17
---------------------------------------	----

Landes- und Regionalbüros Ostdeutschland	24
---	----

Landesbüro Brandenburg	24
------------------------	----

Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern	24
-----------------------------------	----

Landesbüro Sachsen	25
--------------------	----

Landesbüro Sachsen-Anhalt	27
---------------------------	----

Gesellschaftspolitische Information	28
--	----

Referat Frauenpolitik NRW	28
----------------------------------	----

Regionalbüro Rheinland-Pfalz, Mainz	31
--	----

Akademie der Politischen Bildung	32
---	----

Akademie Frankenwarte Würzburg	32
---------------------------------------	----

Fritz-Erler-Forum Baden Württemberg	35
--	----

BayernForum München	36
----------------------------	----

Akademie Management und Politik	37
--	----

Wissenschaftliche Arbeit	38
---------------------------------	----

Wirtschafts- und Sozialpolitisches	
---	--

Forschungs- und Beratungszentrum	
---	--

Abteilung Arbeit und Sozialpolitik	39
---	----

Historisches Forschungszentrum	
---------------------------------------	--

Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte	42
---	----

Studienförderung	44
-------------------------	----

Internationale Arbeit

Internationaler Dialog

Westliche Industrieländer

Belgien, Brüssel

Frankreich, Paris

Türkei, Istanbul

USA, Washington D.C.

Mittel- und Osteuropa

Polen, Warschau

Regionalbüro Riga: Lettland, Litauen, Estland

Slowakische Republik, Bratislava

Tschechische Republik, Prag

Regionalbüro Sofia: Albanien, Mazedonien

Regionalbüro Zagreb: Bosnien-Herzegowina, Kroatien

Regionalbüro Belgrad, Serbien

Russische Föderation, Moskau

Regionalbüro Taschkent: Kasachstan, Usbekistan

Internationale Entwicklungszusammenarbeit

Brasilien

Tansania

Marokko

Indien

Deutschland: Referat Entwicklungspolitik

Internationaler Frauentag in der FES am 8. März 2002

Organigramm

Koordination Frauen-Politik & Gender-Politik / Ansprechpartnerinnen

46

47

47

47

48

48

49

51

51

52

52

53

54

56

57

58

60

62

62

63

64

64

65

68

70

72



Beteiligung von Frauen in Politik und Gesellschaft

Deutschland

Unter der Regierungskoalition von SPD und Grünen seit 1998 erfuhr die deutsche Frauen- und Gleichstellungspolitik eine echte Aufwertung. Mit der Bestätigung der Regierung im September 2002 stellen Frauen wieder mehr als 30 Prozent der Parlamentarier im Deutschen Bundestag. Auch die Kabinettsbildung machte deutlich, dass Frauen aus der deutschen Politik nicht mehr wegzudenken sind: Frauen stellen ein gutes Drittel der Bundesminister.

Frauen sind also durchaus politisch repräsentiert, wenn auch ihre gleichberechtigte Teilhabe, insbesondere bei der Erwerbsarbeit, noch lange nicht erreicht ist. Frauen verdienen noch immer nur etwa 70 Prozent des Männerlohns. Auch die mangelhafte Ganztagsbetreuung für Kinder macht es Müttern weiterhin fast unmöglich, berufstätig zu bleiben. Zwar wurde der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit eingeführt. Die



Tatsache aber, dass etwa vier Fünftel der Teilzeit Arbeitenden Frauen sind, verhärtet alte Rollenmuster. Dies gilt auch für die gesetzliche Elternzeit. Diese steht zwar auch Männern zu, was ein Erfolg ist. Tatsächlich aber nehmen nur zwei Prozent der Väter diese überhaupt in Anspruch. In gewisser Weise bleibt damit ein familienpolitisches Thema, das der Kinderbetreuung, auch das frauenpolitische Thema Nummer 1.

Doch Land ist in Sicht. Die Pisa-Debatte des Jahres 2002 machte deutlich, dass das deutsche Bildungssystem eine Überarbeitung braucht. Die Einführung von einem flächendeckenden System von Ganztagschulen ist nun beschlossen. Dieses wird aber nicht nur Einfluss auf die Bildung der Kinder, sondern auch auf die berufliche Bewegungsfreiheit der Mütter haben, die in Deutschland vorher so nicht gegeben war.

Während sich in der Politik also durchaus positive Entwicklungen vollziehen, stagniert die Gleichstellungspolitik in der Wirtschaft. Noch immer sind Frauen – vor allem in den höheren Ebenen des Managements – nur geringvertreten. Das Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft konnte nicht umgesetzt werden, es blieb bei der vorläufigen Regelung durch die Vereinbarung zwischen den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft und der Bundesregierung. Steigende Zah-



len von Frauennetzwerken und Coaching-Angeboten von Frauen für Frauen sind die Antwort engagierter Frauen. Darüber hinaus wählen viele Frauen den Weg in die Selbständigkeit: Ein Drittel aller Firmengründer sind weiblich.

Besonders in Ostdeutschland ist die schwierige wirtschaftliche Lage für Frauen dramatisch. Die Arbeitslosigkeit trifft sie nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in ihrem Selbstverständnis, da für sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf jahrzehntelang selbstverständlich war.

Europäische Union und Mittel- und Osteuropäische Beitrittsstaaten

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist die Forderung nach der Verwirklichung des demokratischen Prinzips einer gleichberechtigten Teilnahme wie Teilhabe von Frauen am politischen Entscheidungsprozess keineswegs obsolet geworden. Die empirische Realität zeigt vielmehr, dass die politischen Institutionen nach wie vor – und mit nur we-

Frauen in den nationalen Parlamenten der EU-Staaten

Rang	Land und Wahljahr	Abgeordnete insgesamt/davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
1.	Schweden	349 / 157	45,0
2.	Dänemark ***	179 / 68	38,0
3.	Finnland *	200 / 73	36,5
4.	Niederlande	150 / 51	34,0
5.	Deutschland	603 / 194	32,3
6.	Spanien **	350 / 99	28,3
7.	Österreich *	150 / 38	27,9
8.	Belgien *	150 / 35	23,3
9.	Portugal	230 / 44	19,1
10.	Großbritannien ***	659 / 118	17,9
11.	Luxemburg *	60 / 10	16,7
12.	Irland	166 / 22	13,3
13.	Frankreich	577 / 70	12,1
14.	Italien ***	630 / 62	9,8
15.	Griechenland **	300 / 26	8,7
Gesamt		4753 / 1067	22,4

*1999, **2000, ***2001, sonst 2002
Quelle: Zusammengestellt anhand der Daten der Interparlamentarischen Union (IPU) von B. Hoecker und G. Fuchs

nigen Ausnahmen – von Männern dominiert werden. Zwar hat sich die politische Repräsentanz von Frauen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) aufgrund gezielter Anstrengungen in den letzten Jahren etwas verbessert, dennoch musste die EU-Kommissarin Anna Diamantopoulou kürzlich feststellen: „Women’s progress to positions of in-

fluence is disappointing.“ Noch enttäuschender fällt die Bilanz für die Länder Mitteleuropas aus. Mehr als zehn Jahre nach dem politischen Umbruch sind Frauen in diesen Transformationsgesellschaften weiterhin nur marginal in Parteien, Parlamenten und Regierungen repräsentiert. Auch in einem erweiterten Europa wird somit die Suche nach geeigneten Strategien für eine fortschreitende Demokratisierung ein wichtiges politisches Ziel bleiben.

EU-Mitgliedsstaaten

Die durchschnittliche Repräsentanz von Frauen in den Nationalparlamenten der EU-Mitgliedsstaaten beträgt derzeit lediglich 22,4 Prozent und liegt damit nur um sechs Prozentpunkte höher als noch vor zehn Jahren. Im Unterschied dazu fällt die Regierungsbeteiligung von Frauen mit 24,2 Prozent ein wenig besser



aus. Der zwischenstaatliche Vergleich zeigt zum Teil beträchtliche Abweichungen von diesen Durchschnittswerten. Insbesondere in den nordischen Staaten, aber auch in einigen mitteleuropäischen Staaten sind Frauen deutlich besser in der Politik repräsentiert als in den südeuropäischen Ländern. Aktuell reicht die Spanne der jeweiligen Frauenanteile in den Nationalparlamenten von knapp 9 Prozent (Griechenland) bis zu 45 Prozent (Schweden), in den Regierungen von etwa 10 Prozent (Portugal) bis zu 50 Prozent (Schweden). Dieser höchst unterschiedliche Stand der politischen Partizipation bzw. Repräsentation von Frauen in Europa lässt sich nicht monokausal erklären – entscheidend ist vielmehr die jeweilige nationale Mischung kultureller, sozialstruktureller und institutioneller Einflussfaktoren.

Eine zentrale Bedeutung kommt dabei der politischen Kultur, also den Einstellungen gegenüber der Rolle von Frauen in Politik und Gesellschaft, zu: Länder mit einer eher patriarchalen politischen Kultur weisen eine geringe Vertretung von Frauen in der Politik auf, Staaten mit einer eher egalitären Kultur eine vergleichsweise hohe Repräsentanz von Frauen. Insbesondere die nordischen Staaten zeichnen sich durch eine egalitäre politische Kultur aus, die Frauen den Weg in die Politik und hier in verantwortliche Entscheidungspositionen ebnet.

Neben der politischen Kultur beeinflussen individuelle Voraussetzungen aus dem sozialstrukturellen Bereich die politische Partizipation – und zwar insbeson-

Frauen in den nationalen Regierungen der EU-Staaten*

Rang	Land	Frauenanteil in Prozent
1.	Schweden	50,0
2.	Deutschland	43,6
3.	Dänemark	42,9
4.	Finnland	38,9
5.	Großbritannien	32,9
6.	Österreich	31,3
7.	Niederlande	31,0
8.	Frankreich	29,4
9.	Luxemburg	28,6
10.	Belgien	23,5
11.	Irland	21,9
12.	Spanien	17,6
13.	Italien	14,1
14.	Griechenland	12,5
15.	Portugal	9,8

* Stand: 2002; einschließlich „junior ministers“

Quelle: Zusammengestellt anhand der europäischen Datenbank des Frauen-Computer-Zentrums Berlin von B. Hoecker und G. Fuchs

dere Bildung, Erwerbstätigkeit sowie die persönliche Lebenssituation. Berücksichtigt man allein die Erwerbstätigkeit, dann ergibt sich ein positiver Zusammenhang zwischen der Höhe der Erwerbstätigkeit von Frauen und ihrer Vertretung in der Politik. Die bezüglich der parlamentarischen Repräsentanz führenden EU-Staaten weisen durchgängig eine hohe Frauenerwerbsquote auf, während in den anderen Ländern die Frauenerwerbsquote sowie die parlamentarische Repräsentanz von Frauen in der Regel auf einem mittleren bzw. niedrigen Niveau liegen.

Fasst man schließlich noch das Wahlsystem als institutionellen Einflussfaktor ins Auge, dann bestätigt sich der bekannte Zusammenhang, dass Verhältniswahlsysteme die Kandidaturen von Frauen begünstigen, Mehrheitswahlsysteme wie in Frankreich, Großbritannien und Irland mit ihrer starken Personenorientierung diese dagegen eher erschweren. Bestehende Zweifel an der

politischen Kompetenz von Frauen und der harte innerparteiliche Konkurrenzkampf um sichere Wahlkreise mindern im Falle eines Mehrheitswahlrechts die Nominierungschancen von Frauen.

Im Rahmen vergleichender Analysen hat sich die politische Kultur als wichtigste Determinante für die politischen Beteiligungschancen von Frauen erwiesen. Für eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik auf nationaler wie europäischer Ebene liegt hier somit ein wesentlicher Ansatzpunkt: ein Wandel der Einstellungen bezüglich der Rolle von Frauen in Politik und Gesellschaft hin zu größerer Aufgeschlossenheit für soziale Gerechtigkeit und politische Gleichheit der Geschlechter – insbesondere bei den Männern.

Mittel- und Osteuropäische Beitrittsstaaten

Die Situation in den Mittel- und Osteuropäischen Beitrittsstaaten weist große Parallelen zur Lage in der EU auf. Jedoch lassen sich Besonderheiten ausmachen,

SCHLAGLICHT

die sich vor allem auf den politischen Umbruch seit 1989 gründen. Mit Ausnahme Bulgariens und Rumäniens erhielten Frauen und Männer zeitgleich das allgemeine Wahlrecht. Auch ein hoher Ausbildungsstand und eine weiterhin hohe Erwerbstätigkeit osteuropäischer Frauen sind günstige Voraussetzungen für ihre politische Beteiligung. Auf der anderen Seite wirken Doppelbelastung, traditionelle und religiöse Einstellungen sowie eine generell paternalistisch-elitäre politische Kultur als Barrieren. Gerade aufgrund des im Realsozialismus geprägten Antagonismus zwischen Staat und Gesellschaft gilt Politik häufig noch als schmutzig und korrupt und darum nicht als „Sache der Frauen“.

Parlaments- und Regierungsbeteiligung

Das realsozialistische System hatte zwar einen hohen Frauenanteil von 25 bis 33 Prozent in den Parlamenten. Wirkliche Macht hatten diese Frauen aber nicht und wurden bei den folgenden freien Wahlen kaum nominiert und noch weniger gewählt, so dass der parlamentarische Frauenanteil auf Werte zwischen vier und 13 Prozent sank. Bis Mitte der 90er Jahre ging in der gesamten Region der Anteil von Frauen in politischen Institutionen zurück. Seither gibt es in vielen Ländern wieder einen Aufwärtstrend, in anderen stagniert die Partizipation bei Anteilen um 10 Prozent. Die Parlamente werden ganz überwiegend nach verschiedenen Proporzverfahren in Mehrpersonen-Wahlkreisen gewählt, was sich in der bishe-

rigen Forschung als günstig für die Repräsentation von Frauen und Minderheiten erwiesen hat. Vergleicht man die Regierungsbeteiligung der Frauen in den verschiedenen Ländern, so sind die Tendenzen widersprüchlich. Gerade einige Länder mit einem nennenswerten Frauenanteil im Parlament, wie etwa Polen, haben nur eine marginale weibliche Regierungsbeteiligung. Rumänien dagegen – mit relativ wenigen Frauen im Parlament – wartet mit fünf Ressortchefinnen auf. Auch auf regionaler und lokaler Ebene lassen sich keine klaren Tendenzen ausmachen. In Regionalparlamenten sind Frauen etwas besser als auf nationaler Ebene vertreten. Bei Personenvahlen, etwa als Bürgermeisterinnen, haben sie jedoch fast nie Erfolg.

Frauen in Parteien

Sofern Daten über Frauen in den Parteien vorliegen, schwanken die Anteile mehrheitlich zwischen einem Viertel und einem Drittel und reichen von 18 Prozent (Slowenische Nationalpartei) bis zu 57 Prozent (Volksunion Estlands), wobei Frauen in liberalen, linken und postkommunistischen Parteien generell stärker vertreten sind als in nationalen und Rechtsparteien. In wichtigen Parteigremien sind sie durchweg unterrepräsentiert. Da das Parteiensystem noch kaum konsolidiert ist und häufig stabile Parteistrukturen fehlen, sind – frauenförderlichere – transparente und formalisierte Nominationsverfahren kaum zu finden. In einigen Linksparteien werden jedoch seit einigen Jahren Frauenquoten für Wahllisten (z. B. Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien) bzw. für Parteiämter (z. B. Tschechien, Ungarn) angewendet.



Frauenanteil in den Parlamenten*

Land und Wahljahr	Frauenanteil im Parlament (resp. in erster Kammer) in Prozent	Veränderungen zu den vorhergehenden Wahlen
Bulgarien ***	26,0	↑
Polen ***	20,2	↑
Slowakei	19,3	↑
Lettland	18,0	→
Estland *	17,8	↗
Tschechien	17,0	↗
Slowenien **	12,2	↗
Rumänien **	10,7	↗
Litauen **	10,6	↘
Ungarn **	9,1	→

Jahr der letzten Wahlen: * 1999, ** 2000, ***2001, sonst 2002
Stand zu Beginn der jeweiligen Legislaturperiode, zusammengestellt anhand der Webseiten der jeweiligen Parlamente und der Interparlamentarischen Union (IPU) von B. Hoecker und G. Fuchs

Erhöhung des Frauenanteils in politischen Entscheidungsgremien

Die Repräsentation von Frauen in politischen Entscheidungsgremien ist in den meisten Ländern auf die Agenda gesetzt worden – auch wegen bestimmter innenpolitischer Entwicklungen wie ökonomische Transformation, Verarmung, steigende Gewalt gegenüber Frauen und Frauenhandel. Diese Entwicklungen haben bewirkt, dass zu diesen Themen Frauenorganisationen gegründet wurden, die mit Angeboten sozialer Unterstützung, Bildung und Selbsthilfe arbeiten. Sie stellen im Kontext „Frauenrechte sind Menschenrechte“ auch immer häufiger politische Forderungen. Politische Repräsentation von Frauen ist ein notwendiger, wenn auch noch nicht hinreichender Schritt, um diesen Anliegen Gewicht in den politischen Entscheidungsgremien zu verleihen. Deshalb haben sich in einigen Ländern so genannte „Frauenwahlkoalitionen“ gebildet, die Zusam-

menschlüsse von Nichtregierungsorganisationen sind und überparteilich für mehr Frauen in der Politik und für die Wahl von Kandidatinnen lobbyieren. Die erste Aktion dieser Art wurde von der kroatischen Frauenorganisation Be active Be emancipated (BaBe)

1997 initiiert. Mittlerweile haben sich solche Bündnisse auch in Bulgarien, Estland, Polen, Slowenien und der Slowakei gebildet. Wenn es diesen Zusammenschlüssen gelingt, die niedrige Frauenpräsenz in der Politik als Demokratieproblem auch weiterhin auf der Tagesordnung zu halten, so sind Erfolge gut möglich – wie das polnische Beispiel zeigt.

Neues Zivilrecht und Parlamentswahlen in der Türkei

Das neue Zivilrecht

Das am 1. Januar 2002 in Kraft getretene neue Zivilrecht demokratisiert die rechtlichen Familienbeziehungen erheblich und stellt einen Versuch dar, die Gleichstellung zwischen Frau und Mann zu verbessern. Folgende Veränderungen für Frauen und Familien wurden beschlossen:

Frauen und ihre Ressorts in den Regierungen

Land	Frauenanteil in der Regierung in Prozent	Ressorts	Frauenanteil in Regierung ist ... als im Parlament
Estland	28,6	Außen, Bildung, Soziales, Wirtschaft	höher
Litauen	21,4	Finanzen, Soziales, Kultur	höher
Rumänien	20,0	Bildung, Europäische Integration, Gesundheit, Justiz, KMU	höher
Ungarn	18,8	Innen, Soziales, Umwelt	höher
Slowenien	17,7	Kultur, Regionalentwicklung, Wirtschaft	höher
Lettland	16,7	Außen, Kultur, Soziales	etwas geringer
Bulgarien	15,0	europäische Integration, Soziales, Umwelt	geringer
Tschechien	11,8	Bildung, Gesundheit	geringer
Polen	7,8	Bildung	geringer
Slowakei	0		viel geringer

Stand: Januar 2003 (nach den jeweiligen Webseiten der Regierungen)



- Alles Vermögen, das nach der Eheschließung erworben wird, gehört zu gleichen Teilen den Ehepartnern. Diese Bestimmung gilt nicht rückwirkend – jedoch durften Ehepaare bis zum 31.12.2002 mit einer notariellen Bestätigung erklären, das vor dem 1. Januar 2002 erworbene Vermögen ebenfalls dem Prinzip der Zugewinnsgemeinschaft zu unterwerfen.
- Die Ehepartner bestimmen ihre Wohnung und Wohnsitz gemeinsam, was nach dem alten Gesetz der Mann als Familienvor-

stand auswählte. Die Ehefrau hat außerdem das Recht, in einer anderen Wohnung zu leben. Niemand darf sie zwingen, in die gemeinsame Wohnung zurückzukehren.

- Die Ehefrau darf nach dem neuen Gesetz ihren eigenen Familiennamen vor dem Familiennamen des Mannes führen.
- Das Verfassungsgericht hat den Artikel, nach dem die Frau nur mit Genehmigung des Ehemannes eine bezahlte Arbeit aufnehmen darf, aufgehoben. Jeder

Ehepartner hat bei Auswahl und Ausübung eines Berufes die Wirkung und den Nutzen für die Ehe zu berücksichtigen.

- Scheidungsgründe sind nun für Männer und Frauen gleich.
- Die Vormundschaft für die Kinder haben Mutter und Vater gleichermaßen und nicht mehr allein der Vater.

Parlamentswahlen 2002

Die Türkinnen sind in der Politik deutlich unterrepräsentiert, obwohl sie seit 1934 das Wahlrecht haben. Im damals gewählten Parlament waren sie mit 4,6 Prozent der Sitze vertreten. 67 Jahre danach, im Ende 2002 gewählten Parlament, sind es 4,3 Prozent. In den Parlamenten auf lokaler Ebene sind die Zahlen sogar noch niedriger und liegen im Durchschnitt bei einem Prozent. Im Kabinett der AKP-Regierung gibt es neben den 23 Ministern nur eine Frau: die Tourismusministerin. In der Vorgängerregierung mit 36 Ministerien gab es gar keine.

Frauen sind an der Basis der politischen Parteien aktiv, aber in den Entscheidungsgremien nicht vertreten. In den Gremien der Universitäten und in der Privatwirtschaft ist der Frauenanteil mit 30 Prozent deutlich besser. Wissenschaftliche Untersuchungen führen diesen Beteiligungsunterschied zwischen Politik und Wissenschaft bzw. Privatwirtschaft vor allem auf die feudalistisch-patriarchale Kultur des politischen Bereiches zurück. Was die neue Mehrheitsregierung für die Frauen bringen wird, bleibt abzuwarten.



Auch bei der UN sind immer noch die Männer in der Überzahl.

Beispiele aus Partnerländern der internationalen Entwicklungszusammenarbeit

Beteiligung von Frauen am politischen Prozess ist nicht nur notwendiger Bestandteil demokratischer Strukturen, sondern verbessert auch die Qualität von entwicklungspolitischen Projekten. Inzwischen ist unumstritten, dass erfolgreiche Entwicklung erst durch die aktive Teilnahme beider Geschlechter an politischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozessen möglich ist. Überall auf der Welt sehen sich Frauen weitaus mehr als Männer mit zentralen Entwicklungsproblemen wie Armut, Demokratiemangel und bewaffneten Konflikten konfrontiert. Frauen und Männer in den Ländern des Südens leben – mehr noch als bei uns – in ganz unterschiedlichen und voneinander getrennten Arbeits- und Lebenswelten. Daraus ergeben sich verschiedene Interessenlagen und Bedürfnisse. Doch Frauen und ihre Interessengruppen haben vielfach noch um gleiche Rechte und gesellschaftliche Anerkennung zu kämpfen. Obwohl viele Staaten die UN-Konvention zur rechtlichen Gleichstellung von Frauen ratifiziert haben, stehen der Chancengleichheit oftmals

nationales Recht und Tradition im Wege. Die Interessen von Frauen bleiben in der Politik unberücksichtigt, weil Entscheidungen in Parlamenten und Verbänden fast ausschließlich von Männern getroffen werden. Damit Betroffene ihre Interessen selbst vertreten können, ist Partizipation von Frauen ein Anliegen der entwicklungspolitischen Projektarbeit.

Ein anderer Aspekt, der in letzter Zeit stark an Bedeutung gewonnen hat, ist die Nachhaltigkeit der entwicklungspolitischen Projektarbeit. Je differenzierter die Projektarbeit den Zielgruppen entspricht, desto bessere und nachhaltigere Ergebnisse können erreicht werden. Um zielgruppengerechter zu arbeiten, müssen Sichtweisen von Frauen in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Die Friedrich-Ebert-Stiftung führt deshalb seit langem mit ihren Partnerorganisationen den Dialog darüber, dass die Aufteilung von Führungspositionen zwischen Frauen und Männern gerade auch unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten sinnvoll ist. Außerdem qualifiziert sie Frauen gezielt für Führungsaufgaben in Parteien, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen. Die steigende Präsenz von Frauen

im öffentlichen Leben allein reicht jedoch nicht aus, um geschlechtsspezifische Auswirkungen von Politik durchgängig zu erkennen und zu berücksichtigen. Deshalb wird in immer mehr Projekten eine geschlechtsspezifische Politikanalyse und Programmarbeit im Sinne des Gender Mainstreaming durchgeführt.

Reformansätze und Sensibilisierung in Marokko

Marokko ist eine konstitutionelle, demokratische und soziale Monarchie. Da der König zugleich „Befehlshaber der Gläubigen“ ist, stellt ihn die Praxis der marokkanischen Rechtsprechung über die Verfassung. Das Wahlrecht für Frauen existiert seit 1963, ihre Beteiligung im politischen Leben blieb allerdings schwach: In den Kommunalwahlen von 1997 betrug die Anzahl gewählter Frauen 0,3 %. In den ersten freien und transparenten Wahlen in der Geschichte Marokkos im September 2002 erhöhte sich die Frauenvertretung im Parlament auf 10,7 %.

Durch den von der Alternance-Regierung unter dem sozialistischen Ministerpräsidenten A. Yousseoufi im Jahre 2000 aufgelegten „Aktionsplan für die Integration der Frau in die Ent-

SCHLAGLICHT

wicklung“ soll sich die Stellung von Frauen in Wirtschaft, Politik und Gesundheit verbessern. Im Familien- und Frauenrecht Moudawana gilt jedoch aufgrund von Widerstand vor allem des konservativ-religiösen Lagers weiterhin die religiöse „Rechtsetzung“ bzw. Interpretation. Als Befehlshaber der Gläubigen richtete der König im Jahre 2001 eine Kommission ein, die ihm im Jahr 2003 Vorschläge zur Reform der Moudawana unterbreiten wird. Sie soll in ihrem Vorschlag einen Weg weisen, der die „Werte, die die Basis unserer Identität ausmachen, mit dem Zeitgeist der Universalität der Menschenrechte“

versöhnen möge. Um die Empfehlungen der Kommission zu beeinflussen, wurden seitens der etwa 80 auf Frauen- und Genderfragen spezialisierten Nichtregierungsorganisationen in Marokko Aufklärungskampagnen über die frauendiskriminierenden Regelungen der Moudawana veranstaltet: u.a. Verheiratung von 15-jährigen Mädchen, Möglichkeit der einseitigen Verstoßung der Frau durch den Mann ohne Unterhaltsverpflichtungen, Unmöglichkeit der Scheidung einer Frau ohne Zustimmung des Mannes, Polygamie, Frauendiskriminierung in Erbschaftsregelungen.

Empowerment in Indien

Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern schaut Indien auf eine starke und selbstbewusste Frauenbewegung zurück. Von jenen bemerkenswerten Frauen, die sich im Rahmen ihrer Agitationen gegen die britische Herrschaft auch für eine geschlechtergerechte Gesellschaft eingesetzt haben, zeugt noch heute eine der frauenfreundlichsten Verfassungen der Welt. Doch der verfassungsmäßig garantierte politische Wille wird in der Realität kaum umgesetzt.

Mehr als fünf Jahrzehnte später sieht sich die überwältigende Mehrheit der Inderinnen grundlegender Menschenrechte beraubt. Abgesehen von einem kleinen Prozentsatz gut ausgebildeter Elitefrauen haben sie keinen ausreichenden Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, zu ökonomischer und sozialer Sicherheit sowie zu politischer Mitbestimmung. Spezifische religiöse und kulturelle Traditionen des tiefverwurzelten Patriarchats haben dazu beigetragen, den Status quo bis in die heutige Zeit massiver gegen emanzipatorische Entwicklungen abzuschotten als in anderen Ländern. Frauen wird in Indien grundsätzlich ein geringerer sozialer und menschlicher Wert beigemessen. Sie haben kaum eine Möglichkeit, in Entscheidungspositionen zu gelangen und so im Sinne ihrer Interessen an der ökonomischen, politischen und sozialen Macht zu partizipieren. Seit Beginn der 90er Jahre wird ihre Situation durch die Öffnung der indischen Wirtschaft für den Weltmarkt und den





auch weniger für die gleiche Leistung, vor allem in der Landwirtschaft, wo noch immer der Großteil der indischen Bevölkerung beschäftigt ist. Das geltende Eigentumsrecht diskriminiert Frauen in einem Land, in dem Landbesitz über das Einkommen und den sozialen Status entscheidet. Die öffentlichen Macht- und Entscheidungspositionen sind Männerbastionen. Nur 8 Prozent der Parlamentsmandate, weniger als 6 Prozent der Kabinettsitze und weniger als 4 Prozent aller Posten in höheren Gerichten sind mit Frauen besetzt. In Verwaltung und Management sieht es kaum besser aus.

gleichzeitigen Aufstieg des Hindu fundamentalismus zusätzlich verschärft.

Die Problemlage in Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Bevölkerungsentwicklung ist besonders dramatisch: Nur 54 Prozent der Frauen im Vergleich zu 76 Prozent der Männer können lesen und schreiben. Mädchen werden seltener eingeschult, brechen die Ausbildung doppelt so häufig wie Jungen ab und kommen im Durchschnitt auf nur dreieinhalb Jahre Grundbildung. Die Mehrheit der Frauen leidet an Mangelernährung. Das durchschnittliche Gebäralter liegt unter 22 Jahren. Die Fixierung auf Söhne hat die verbreitete Abtreibung weiblicher Föten und Tötung weiblicher Neugeborener zur Folge. Trotz der verstärkten Berichterstattung über sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, häusliche Gewalt, Vergewaltigungen und Mitgiftmorde nimmt die Anzahl der gegen Frauen gerichteten Straftaten konstant zu.

Um sich gegen Benachteiligungen wehren zu können, muss man über eine ökonomische Grund-sicherung verfügen und in der Lage sein, bei der Gestaltung der politischen Rahmenbedingungen mitzuwirken. Die wirtschaftliche Leistung der Inderinnen zum nationalen Einkommen wird jedoch, da sie zu 96 Prozent im informellen Sektor tätig sind, vom Staat nicht anerkannt. Sie verdienen

Wie erreicht man unter solchen Umständen die Veränderungen der Lebensbedingungen für rund 480 Millionen Frauen? Die Strategien und Schwerpunkte sind unterschiedlich, die Ziele äußerst bescheiden formuliert und Erfolge häufig auf einzelne Sektoren beschränkt, ohne die strukturellen Ursachen für die





Diskriminierung wirklich zu be-
seitigen. Die Friedrich-Ebert-Stif-
tung in Indien konzentriert sich
in ihrer Arbeit auf die beiden
Schlüsselbereiche Wirtschaft und
Politik, denn das ökonomische
und politische Empowerment von
Frauen ist Grundbestandteil der
Demokratieförderung und des
Strebens nach sozialer Gerech-
tigkeit. Gleichzeitig wird die In-
tegration der Geschlechterpers-
pektive in andere Themenfelder
begleitend unterstützt. Seit über
zehn Jahren berät das FES-Büro
in New Delhi Nichtregierungsor-
ganisationen und Frauenselbst-
hilfegruppen in ihren Bemühun-
gen um mehr Mitspracherechte
und fördert ihren Dialog mit
staatlichen Stellen auf allen Ebe-
nen. Ein Großteil der Aktivitäten
widmet sich Frauen, die von Ar-
mut und Marginalisierung beson-
ders stark betroffen sind. Ihre

Arbeits- und Lebenssituation,
ihre ökonomische Unabhängig-
keit und soziale Sicherung bilden
den einen Schwerpunkt der Ar-
beit, die stärkere Beteiligung der
Inderinnen an politischen Ent-
scheidungsprozessen und ihre
Qualifizierung für die Kommunal-
politik den anderen. Für die Ar-
beiterinnen einzelner Berufs-
zweige sind demokratische Orga-
nisationsformen wie Selbsthilfe-
gruppen, Genossenschaften und
informelle Netzwerke sowie ein
kontinuierlicher Dialog mit der
Regierung die vielleicht wichtigs-
ten Instrumente ihrer Integration
in wirtschaftliche und politische
Prozesse.

Die Förderung von Frauen auf
allen politischen Ebenen und in
allen demokratischen Institutio-
nen ist eine weitere Priorität des
FES-Büros in New Delhi. Nach-
dem Indien 1992 eine 33-Prozent-

Quote für Frauen in der lokalen
Selbstverwaltung eingeführt hat,
wurde fast eine Million politisch
unerfahrener Frauen in kommunalpolitische Mandate gewählt.
Die Grundvoraussetzung für ihre
Integration in die praktische poli-
tische Arbeit war und ist ihre
Ausbildung und Beratung zu
Fragen der Kommunalpolitik und
eine Stärkung ihrer Führungs-
kapazität. Ebenso wichtig ist es,
mit Vertreterinnen und Vertre-
tern aus Staat und Zivilgesell-
schaft frauenpolitische Gesetze
und Programme zu diskutieren
und für Fragen der Chancen-
gleichheit weiter zu sensibili-
sieren – nicht zuletzt die betrof-
fenen Frauen selbst, die ohne die
Unterstützung von Nichtregie-
rungsorganisationen selten Zu-
gang zu relevanten Informatio-
nen haben.